

**Erklärung zu Protokoll durch Rf. Kronenberg (Einzelvertreterin) zu TOP 22, Bebauungsplan Nr. 268/III "Neuboddenberg - südlich Berliner Straße" Vorlage Nr. 2022/1840**

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren,

der geplanten Bebauung entlang der „Berliner Str.“ an B51 muss stattgegeben werden, da dort Baurecht besteht

Hier setze ich mich allerdings für den Bau von Mehrfamilienhäusern ein. Denn wir können das Wohnungsproblem in Leverkusen nicht durch den Bau Einfamilienhäusern bzw. Reihen- oder Doppelhäuser in den letzten Lücken am Stadtrand mit und den üblichen dazugehörigen Prozentanteilen an Mehrfamilienhäusern lösen.

Die wenigen noch unversiegelte Flächen im Stadtgebiet sind - wenn sie bebaut werden sollen - zu kostbar, um für den Bau von Einfamilienhäusern verschwendet zu werden! Der Argumentation zu folgen, dass „so mehr Steuern in die Stadt kommen“ betrachte ich als einen sozialen Fehlgriff. Priorität müssen zuerst die Menschen in unserer Stadt haben, die verzweifelt nach bezahlbarem Wohnraum suchen.

Auch die bestehende Infrastruktur ist zu betrachten und es ist anzuzweifeln, ob sie ausreichen wird. Denn in der näheren Umgebung der geplanten Siedlung fehlt es an Nahversorgern, so dass es - außer dem üblichen täglichen Individualverkehr zur Arbeit, zum Kindergarten, Schulen usw. zusätzlich zu einer höheren Belastung der B51 und des „Krummen Weges“ kommen wird.

Dass der ÖPNV von den Neubürgern eher genutzt wird ist zumindest bei dem ÖPNV Angebot ist ebenso anzuzweifeln wie die Frage, ob der Weg aus der Stadt mit dem E-Bike für jeden ein Vergnügen ist.

Zur Hinterlandbebauung: Auch wenn ich die Antwort des Bauamtes jetzt schon in den Ohren habe, dass das alles doch nur „ein Aufstellungsbeschluss sei und ein Beteiligungsverfahren erst erfolgen wird und man auf diesem Wege einen besseren Einfluss auf den Bauherrn und seine Planungen nehmen könne“ frage ich, ob wir es uns leisten können bei dem besonders hohem Personalmangel im Bauamt wiederholt Arbeitskraft für Planungen von Projekten zu verschwenden, die wegen zu erwartender Einsprüche zu Umwelt und Klimaproblemen mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht genehmigt werden?

Nachdem die Pläne für den Bohofsweg und den Köllerweg gescheitert sind, sollte man doch etwas schlauer geworden sein. Bei der Hinterlandbebauung an der Berliner Straße liegen nahezu dieselben Gründe - Parabraunerde, Kaltluftschneise - vor, die die Bebauung des Bohofs- und Köllerwegs zurecht verhindert haben. Ob die Planung für die neue Feuerwache Auf den Heunen genehmigt werden, steht aus denselben Gründen infrage.

Im Aufstellungsbeschluss wird von Seite drei bis sieben auf die Wohnungsnot, sehr genau und intensiv eingegangen. Dieser Schilderung ist zuzustimmen, ohne allerdings den Schluss ziehen zu wollen, dass das Vorhaben daher genehmigt werden muss.

Denn der Punkt neun, der auf den notwendigen Umweltbericht eingeht, umfasst drei Sätze: "Für die Belange des Umweltschutzes (...) ist eine im Bauleitverfahren (...) eine Umweltprüfung durchzuführen, in der voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt und im Umweltbericht beschrieben und bewertet werden. (...) Dies wird im weiteren Verfahren erfolgen."

Warum zieht man den Umweltbericht nicht vor, wenn aus dem Projektsteckbrief zu erlesen ist, dass das geplante Bauprojekt mit der geplanten Flächenversiegelung in einem geplanten Naturschutzgebiet am Stadtrand - trotz der überdeutlich verdeutlichten Wohnungsnot - geringe Chancen hat genehmigt zu werden? Auch wenn der Stadtrat in Mehrheit zustimmt.

Zudem ist die Frage zu stellen, ob es den Nachbarn der geplanten Neubausiedlung, die über unbebautes Hinterland in gleicher Ausdehnung verfügen dann nicht auch gestattet werden muss, eine Bebauung auf ihrem Gelände ebenso zuzulassen.

Da Grund- und Boden nicht vermehrbar ist und in unserem Stadtgebiet in immer geringerem Maße zur Verfügung steht, werden wir in Zukunft mit vielen schmerzhaften Abwägungsentscheidungen konfrontiert werden.

Wenn aber die wertvollen Böden erst einmal vernichtet und die Kaltluftschneisen unterbrochen sind, ist das nahezu irreparabel. Daher steht es - so wie dringend benötigter Wohnraum beschafft werden muss - ebenso in unserer Verantwortung für eine ausreichende Belüftung unserer Stadt in der Klimakrise zu sorgen, um die Lebensqualität der kommenden Generationen und eine Belüftung unserer Stadt zu sichern.

Wir müssen lernen nicht zu einseitig die Dinge zu planen, die uns zurzeit unter den Nägeln brennen, wir haben die Verpflichtung auch für die Lebensqualität

der kommenden Generationen Leverkusener Bürger\*innen zu planen und zu denken, die uns folgen werden.